

Medwedew wählt die harte Linie

Demonstration gewaltsam aufgelöst - Menschenrechtsbeauftragte kehrt Präsident den Rücken

Repressionen statt Reformen: Der russische Präsident Dmitri Medwedew hält nicht, was er versprochen hat. Selbst gemässigte Kremlkritiker wenden sich nun von ihm ab.

Christian Weisflog

Modernisierung und Innovation – darüber spricht der Staatschef Dmitri Medwedew gerne und oft. Erfinderisch zeigt sich sein Beamtenapparat bislang aber lediglich bei der Bekämpfung der Opposition. Die unkonventionellen Methoden der Behörden nehmen dabei immer groteskere Züge an.

Wie an jedem zweiten Monatsende wollten sich die Kremlgegner am vergangenen Samstag, dem 31. Juli, auf dem Triumph-Platz versammeln. Auf diese Weise fordert die Opposition nun seit einem Jahr die Einhaltung des Verfassungsartikels 31. Dieser sichert den Bürgern das Recht auf friedliche Versammlungen zu. Demonstrationen auf besagtem Platz haben jedoch eine noch viel ältere Tradition. Unter dem Denkmal des Schriftstellers Wladimir Majakowski traf sich bereits die sowjetische Intelligenz, um „antisowjetische“ Gedichte vorzutragen.

Mit Motorenlärm gegen den Ruf nach Freiheit

Weil aber der Kreml das Entstehen einer neuen Versammlungstradition unbedingt verhindern will, organisierte er am Samstag auf dem Triumph-Platz ein Autorennen. Dafür wurde das ganze Gelände schon am Freitag mit Betonelementen und einem hohen Zaun abgesperrt. Extra für den Motorsportevent liess man zudem einen speziellen Asphaltbelag auftragen.

Die „Nichteinverstandenen“ liessen sich davon jedoch nicht abschrecken. Sie versammelten sich in einem drei Meter breiten Korridor zwischen der Absperrung zum Rennengelände und einer langen Kolonne von Polizeibussen. Eine absurde Szenerie: Unter Motorenlärm und Reifenqualm hielten die Demonstranten Zettel mit dem Textlaut von Artikel 31 in die Luft.

„Freiheit, Freiheit“-Rufe mischten sich zwischen das Dröhnen und Quietschen der PS-Boliden. Während die Sicherheitskräfte begannen, Oppositionelle zu verhaften, verfolgten schaulustige Motorsportfans entlang des Zauns unbekümmert das Renngeschehen. Über 70 Personen wurden vorübergehend festgenommen, darunter auch Jelzins ehemaliger Vizepremier Boris Nemzow. Der gross gewachsene Hüne konnte sich von seinen Häschern mehrmals losreissen. „Was ist das Problem, warum verhaften sie mich?“, fragte Nemzow wiederholt. Eine Antwort erhielt er nicht.

Medwedew enttäuscht letzte Hoffnungen

Die gewaltsam aufgelöste Demonstration war vergangene Woche aber nicht der einzige Tiefschlag für die Menschenrechte in Russland. Am Donnerstag unterzeichnete Präsident Medwedew das neue FSB-Gesetz. Wie zu Sowjetzeiten ermächtigt es den Inlandgeheimdienst dazu, aufmüpfige Bürger prophylaktisch zu verwarnen. Wer „gesetzliche Anweisungen“ des FSB ignoriert, dem droht eine Freiheitsstrafe von bis zu 15 Tagen.

Am Freitag erklärte Medwedews Menschenrechtsbeauftragte Ella Pamfilowa schliesslich ihren Rücktritt. Sie nannte keine Gründe für ihren Entscheid. Doch alle Beobachter waren sich einig: Pamfilowa hatte in ihrer Sache mehr Rückendeckung von ihrem Präsidenten erwartet. Obwohl als Staatsangestellte viele Kompromisse eingehen musste, wurde sie auch von unabhängigen Menschenrechtlern geschätzt.

Gerade in den vergangenen Tagen hatte Pamfilowa couragiert das Wort gegen die kremltreue Jugendorganisation „die Unsrigen“ ergriffen. Anstoss dafür war eine skandalöse Installation im Sommerlager der „Putin-Jugend“. Unter dem Titel „hier ergeht es euch schlecht“ hatten die jungen Kremlaktivisten Porträtfotos von Menschenrechtlern und liberalen Politikern auf Holzpfähle gespiesst und mit einer Nazi-Mütze der Hitler-Armee versehen. Darunter war etwa auch die ehemalige Dissidentin und Leiterin der Moskauer Helsinki-Gruppe Ludmilla Alexejewa.

Angst vor der Kremljugend

Sie habe „Angst davor, dass diese jungen Leute dereinst an die Macht kommen könnten“, kritisierte Pamfilowa darauf „die Unsrigen“. Die von einzelnen Polittechnologien finanzierten und indoktrinierten Aktivisten hätten eine „Seele des Teufels“, so Pamfilowa. Die patriotische Jugendorganisation kündigte im Gegenzug an, die Menschenrechtsbeauftragte gerichtlich zu verklagen. Präsident Medwedew äusserte sich zu dieser Auseinandersetzung derweil mit keinem Wort. Er akzeptierte am Freitag Pamfilowas Rücktritt.

Viel wird derzeit über Russlands nächsten Präsidenten diskutiert. Kehrt Premier Wladimir Putin 2012 zurück in den Kreml? Oder bleibt Medwedew doch noch sechs zusätzliche Jahre Staatschef? Nach den jüngsten Ereignissen wird aber immer deutlicher: Ob Putin oder Medwedew, das ist nahezu einerlei.